

Rede der Bundesministerin der Justiz und für
Verbraucherschutz, Dr. Stefanie Hubig, zur 2./3. Lesung des
Entwurfs eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen
Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im
Gewaltschutzgesetz im Deutschen Bundestag am 8. Mai 2026

Es gilt das gesprochene Wort!

Vor zwei Wochen hat das Landgericht Kassel einen Mann verurteilt. Der Richter sprach von einem „typischen Femizid“: Weil die Frau sich einige Tage zuvor getrennt hatte, wurde sie von ihrem Ehemann erstochen – in seiner Wohnung.

Ein weiterer furchtbarer Fall häuslicher Gewalt. Und diese Gewalt, sie trifft überwiegend Frauen – dort, wo sie sich eigentlich sicher fühlen sollen. Das kann niemanden kalt lassen. Hier muss unser Rechtsstaat handeln. Denn es ist seine Kernaufgabe, Menschen vor Gewalt zu schützen. Und: wir handeln und wir werden weiter handeln.

Der vorliegende Gesetzentwurf stärkt den Schutz von Betroffenen – durch die elektronische Fußfessel und die Arbeit mit den Tätern. Zwei Bausteine!

Und ich möchte mich an dieser Stelle wirklich ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit bedanken – die Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Fraktion und mit der SPD-Fraktion. Dieser Gesetzentwurf ist durch Ihre Arbeit im Verfahren nochmal besser geworden und er berücksichtigt das Selbstbestimmungsrecht der Frauen – das ist richtig und gut – aber er berücksichtigt eben auch die Notsituation, in der Frauen sich befinden.

Die elektronische Fußfessel soll Frauen schützen – und sie wird Frauen schützen: Kommt der Täter trotz Verbot zu nah, wird sofort Alarm ausgelöst. Auch die Betroffene bekommt in Echtzeit ein Signal.

Wirksamer Schutz muss schnell sein. In Spanien schützt die elektronische Fußfessel seit 20 Jahren hochwirksam Frauen. Jetzt kommt sie endlich auch hier!

Der zweite Baustein ist die Täterarbeit. Denn Prävention bedeutet eben auch Arbeit mit denjenigen, die die Gewalt ausüben. Wer Gewalt begeht, muss an sich arbeiten, damit die Gewalt nicht wieder aus ihm herausbricht.

Die Gewalt-Spirale muss enden! Deshalb setzen wir auf verpflichtende Arbeit mit den Tätern!

Und klar ist auch: Mit zwei Bausteinen ist kein Haus gebaut. Deshalb geht unsere Arbeit am besseren Schutz vor Gewalt weiter.

Die Bundesregierung – wir zusammen mit den Regierungsfractionen – wir planen weitere Maßnahmen für Frauen, die zuhause geschlagen, auf der Straße belästigt oder im Netz erniedrigt werden: Den Schutz vor digitaler Gewalt wie Deepfakes; die Begleitung durch psychosoziale Fachkräfte in Strafverfahren bei häuslicher Gewalt, damit man sich sicher fühlen kann, und Berücksichtigung von häuslicher Gewalt durch einen Partner im Sorge- und Umgangsrecht für Kinder – das sind nur einige von vielen weiteren Bausteinen, die wir umsetzen werden in dieser Legislaturperiode.

Wir sind entschlossen, den Schutz vor Gewalt auszubauen – zu einem Gesamtkonzept. Und ich bin froh, dass wir das zusammen tun. Das ist unsere Aufgabe im Rechtsstaat und dieser Aufgabe kommen wir nach.

Von Spanien lernen – dazu gehört auch eine umfassende Risikoanalyse und ein Risikomanagement, das Antworten gibt: Wie lässt sich im Vorfeld beurteilen, ob ein Täter gefährlich ist – bevor es zu spät ist? Wie können sich Behörden untereinander schneller informieren – bevor es zu spät ist? Und wie erhalten Familiengerichte die Risikoanalysen anderer Behörden?

Ich verspreche Ihnen: Das wollen wir auch in Deutschland. Und ich bin deshalb froh, dass ich mit Karin Prien zusammen und ihrem Haus und mit Alexander Dobrindt zusammen, dass wir gemeinsam auch bei dieser Frage – wie können wir eine bessere Gefährdungsanalyse erstellen – mit den Ländern weiterkommen werden. Damit wir Risiken besser abschätzen können und mit ihnen umgehen können.

Ich bin froh, dass der Deutsche Bundestag diesen Gesetzentwurf heute verabschiedet wird. Aber die Frage ist: Reicht das? Und ich sage Ihnen: Nein. Es reicht nie. Jeder Fall ist einer zu viel. Und jeder Fall ist ein Einzelschicksal. Und deshalb müssen wir heute gemeinsam ein klares Signal senden: Wir als Gesellschaft müssen Gewalt ächten und wir müssen sie sanktionieren. Wir müssen Frauen helfen, wenn ihnen Gewalt angetan worden ist. Und wir müssen Schutzräume für Frauen weiter ausbauen.

Und ich bin froh, viel gemeinsame Überzeugung in diesem Punkt haben.